

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1530
Giroklasse Riesa Nr. 52.

Nr. 28.

Dienstag, 3. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabendes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 1000 mal 100 mm große, 4 mal hohe Grundzeile 16 Silben 25 Gold-Pfennige. Die 80 mm breite Kellamzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Vergrößerungen, Verkleinerungen, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. 14-tägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götterstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Oesterreichs Weg.

Der Besuch der großdeutschen Parlamentarier in Berlin hat nicht nur in Deutschland und Oesterreich, sondern auch in der Presse der erst in zweiter Linie beteiligten oder sich beteiligenden Staaten ein auffallend lebhaftes Echo ausgelöst. In Oesterreich selbst haben die freimütigen Äußerungen der Abgeordneten starkes Mißbehagen bei einigen Deutschen wenig geneigten christlich-sozialen Zeitungen hervorgerufen. Diese Erregung, die an sich durchaus ungewöhnlich anmutet, weil ja ein Besuch großdeutscher Politiker bei den Angehörigen gleichgesinnter Parteien im Reich an sich keineswegs besonders bedeutungsvoll zu sein braucht, hat ihre Ursache in der geheimerweise eine Entscheidung fordernden Wirtschaftskrise, in der sich unser Bruderland befindet.

Die Unzulänglichkeit des sogenannten Sanierungswerkes, die auf rein politischen Absichten beruhende Herabsetzung „Oesterreichs“ als eines selbständigen Staates aus der großen Wirtschafts- und Schicksalsgemeinschaft des Gesamtvolkes, die Form dieser Herabsetzung, die jene zwangsweise „Selbständigkeit“ in eine Abhängigkeit von fünflich übergeordneten wirtschaftlichen und politischen Mächten verwandelt, die Folgen dieser Herabsetzung — Feuerung, Abbau, Arbeitslosigkeit, Abwanderung u. v. — alles das zwingt die österreiche Regierung geradezu, neue Wege zu suchen. Hat doch selbst der allmächtige Herr Zimmermann, der Ausschichtskommissar des Völkerbundes, neuerdings zugeben müssen, daß die Genfer Zwangsverwaltung eine Eingliederung in natürliche Zusammenhänge niemals wird erreichen können. Die politische, im besonderen in der Führung der Außenpolitik, maßgebenden Kreise sind nun, vorläufig noch im Geheimen, dafür aber umso lebhafter bemüht, die Schaffung der Donauföderation voranzubringen. Daß die Großdeutschen, die als Regierungsteilhaber den Bizekanzler stellen, nun auch ihrerseits im Sinne ihrer Grundüberzeugungen Einfluß zu gewinnen suchen, ist ein recht natürlicher Vorgang. Mit Kampf gegen das Sanierungswerk, wie die christlich-sozialen Parteiführer behaupten, haben die Bestrebungen der Großdeutschen nichts zu tun. Großdeutsche wie Christlich-soziale empfinden die Unzulänglichkeit der „Sanierung“, das als notwendiges Übel nicht zu umgehen war, ähnlich z. B. wie der Dames-Plan und die Stützungsanleihe im Reich, die aber, ebenso wieder wie der Dames-Plan, nur gewisse Vorbedingungen schafft, auf denen aufgebaut werden muß.

Auch die Großdeutschen wollen, wie im Anschluß an den Berliner Besuch und die daran sich knüpfenden Presseangriffe von maßgebender Seite ausdrücklich betont wird, nicht Jollitrag und Zollabperrung gegen die Nachfolgestaaten. Auch die Großdeutschen wünschen handelspolitisch die Schaffung möglichst vorteilhafter Beziehungen zu den Nachbarländern. Sie kämpfen aber mit aller Kraft dagegen, daß im Südosten Europas unter Einbeziehung Oesterreichs ein auf wirtschaftlicher Grundlage stehender Staatenzusammenschluß sich bildet, der seine Spitze gegen Deutschland lehrt. Oesterreich vom Reiche abhelft und praktisch die Vorbereitung des notwendigen und unausweichlichen Anschlusses verzögert. Oesterreich ist kein ausprophetener, nur nach dem Balkan hin neigender Schaaf. Abgesehen von den gefährlichen und verwandtschaftlichen Banden, die das Reich noch stärker an das Deutsche Reich knüpfen, als es mit der damaligen Donaumonarchie der Fall war, hat Oesterreich auch wirtschaftlich alles Interesse daran, Mittler zwischen Ost und West zu bleiben, und zwar in enger Anlehnung an das große, leistungsfähige Wirtschaftsgebiet des Reiches. Das ist vorläufig Oesterreichs Rolle. Denn nicht ein kleiner Oststaat zwischen anderen, überlegenen ist dieses Land.

So ist es, nicht zuletzt im österreichen Interesse, denkenswert, daß führende Persönlichkeiten der nationaldeutschen Partei unseres Bruderlandes in kritischer Stunde den Weg zu den reichsdeutschen Freunden gefunden und mit ihnen alle schwebenden Fragen durchgesprochen haben. Wenn es unter den augenblicklichen Verhältnissen in Oesterreich auch nicht zu erreichen ist, daß eine Politik getrieben wird, die bewußt auf wirtschaftlicher und kulturpolitischer Grundlage den Zusammenschluß vorbereitet, so muß es doch verhindert werden, daß Oesterreich, zu seinem eigenen Schaden und unter Gefährdung der deutschen Kulturgemeinschaft, Wege einschlägt, die schnurstracks vom erstrebten Ziele wegführen.

Finanzministerkonferenz in Dresden.

Dresden. Die Konferenz der Finanzminister der deutschen Länder hat gestern vormittag im Finanzministeriumsgebäude begonnen. Von Vorkitz führt der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold. Von auswärts sind erschienen für Preußen Staatssekretär Dr. Weber, für Bayern Finanzminister Dr. Krausnick, für Württemberg Finanzminister Dr. Debling, für Hessen-Darmstadt Finanzminister Dr. Reich, für Baden Finanzminister Dr. Köhler, für Thüringen Finanzminister Dr. v. Müchler, für Mecklenburg-Schwerin Minister von Dergin, für Mecklenburg-Strelitz Minister Dr. Gutschmidt, für Oldenburg Minister Stein, für Braunschweig Minister v. Grohn, für Anhalt Ministerpräsident Dr. für Waldeck-Landesdirektor Dr. Sammel, für Hamburg Dr. Vippmann, für Bremen Staatsrat Dr. Müllershausen und für Lübeck die Senatoren Dr. Kalbrenner und Dr. Vermeiren. Gegenstand der Besprechung ist, wie bereits gemeldet, der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Brauns ausichtslose Anstrengungen.

Berlin. Der preussische Ministerpräsident Braun leitet gestern dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. v. Campe, die Frage vor, ob die Fraktion der Deutschen Volkspartei bereit sei, unter seiner Ministerpräsidentenschaft an der Regierung teilzunehmen und ob sie im Falle der Vereinnahmung bereit sei, einem Kabinett der Weimarer Koalition gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen. Abg. Dr. v. Campe bezieht die Antwort einer Sitzung der volksparteilichen Fraktion am kommenden Mittwoch vor und verfragt, den Beschluß der Fraktion dem Ministerpräsidenten bis Donnerstag mitzuteilen.

Die preussische Zentrumsfraktion ist wiederum an den Landeshaupmann Gorion in Düsseldorf herangetreten wegen Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft in Brauns. Gorion wird in den nächsten Tagen nach Berlin kommen, um sich mit den Führern der Zentrumsfraktion in Verbindung zu setzen.

Ein englischer Politiker über Deutschlands Zukunft.

London. (Funkpruch.) Das bekannte konservative Parlamentsmitglied Sir Philip Dawson ist gestern von einer vierwöchigen Reise durch Deutschland, Polen und die Randstaaten nach England zurückgekehrt. Sir Philip hat diese Reise dazu benutzt, um zu erforschen, wie er den von ihm seit Kriegsende nachdrücklich vertretenen Gedanken der Zusammenarbeit zwischen englischen und deutschen Industriellen auf den europäischen und außereuropäischen Märkten verwirklichen könne.

Sir Philip sagte bei seiner Rückkehr, daß es ihm vor allem darauf angekommen sei, die rege und enge Zusammenarbeit der deutschen und der englischen Industrie zu fördern, die ein „Unternehmen und gegenseitiges Halbscheiden“ auf den Weltmärkten verhindern könne. Er wies darauf hin, wie deutsche Lieferanten unter Erzielung geringen Verdienstes die englische Industrie unterstützen, während es möglich wäre, durch ein Zusammenarbeiten der beiden Industrien die Aufträge zu teilen. Sir Philip betonte, daß die deutsche Industrie im Gegensatz zur vorerzogen im großen Maße von der Gewährung von englischem Kredit abhängig und daß England bei einer Beteiligung seiner eigenen Industrie einen weit größeren Anreiz hätte, derartige Kredite zu geben, als in dem Fall, in welchem eine solche Kreditgewährung nur eine Stärkung der deutschen Industrie auf Kosten der englischen bedeute.

Besonders anerkennenswert äußerte sich Sir Philip über Reichsfinanzminister Dr. Luther. Er sehe in ihm einen ehrlichen vaterlandsliebenden und klugen Staatsmann, der entschlossen sei, unter getreuer Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen mit den übrigen Nationen an dem Wiederaufbau Europas mitzumachen. Sir Philip sagte, er werde in der englischen Öffentlichkeit dafür eintreten, daß Dr. Luther volles Vertrauen entgegengebracht werde. Er sei überzeugt, daß es den deutschen Führern gelingen werde, Deutschland durch alle Klippen hindurchzuführen, erklärte jedoch, es sei tief bedauerlich, daß das Vertrauen, welches Dr. Luther und seine Regierung verdienten, in der öffentlichen Meinung des Auslandes durch das Programm der radikalsten deutschen Seite beeinträchtigt werde. Sir Philip äußerte sich sehr optimistisch über die Zukunft der deutschen Industrie und Deutschlands. Wesentlich sei jedoch, daß sich der Aufstieg Deutschlands in einer Atmosphäre des Zusammenwirkens mit der britischen Industrie entwickle, da eine solche Atmosphäre die Grundlage für das politische Einvernehmen zwischen den beiden Ländern bilde. Sir Philip wandte sich nachdrücklich gegen den Gedanken, daß die Regierungsbeteiligung in England durch die konservativen die außenpolitischen Richtlinien Großbritanniens zu Ungunsten Deutschlands beeinflussen habe.

Den deutsch-engl. Handelsvertrag bezeichnete Sir Philip als ein für beide Teile befriedigendes Abkommen. Er bezeichnete den russischen Markt als vollkommen aussehlos, solange dort Politiker herrschten, deren Ziel die Weltrevolution sei.

Zwei Flieger tödlich abgestürzt.

Lübeck. Nach einem Höhenrekordfluge verunglückte gestern abend auf dem Flugplatz Travemünde ein Flugzeug der Caspar-Werke, nachdem es den bisherigen Weltrekord für derartige Flüge um ein bedeutendes überboten hatte. Kurz vor der Landung stürzte der Apparat aus der geringen Höhe von 50-60 Meter aus noch nicht geklärten Gründen ab. Der Pilot Männich und der Beobachter Stiebert (beide aus Hamburg) sind tot.

Ein deutscher Dampfer mit Beladung untergegangen?

Paris. Nach einer Radiomeldung aus Rentjavi ist der deutsche Dampfer „Bavaria“ samt Beladung am 27. Januar an der isländischen Küste untergegangen.

Obert wieder als Reichspräsidentkandidat.

Berlin. Wie verlautet, hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands endgültig geeinigt, Herrn Obert auch für die kommende Reichspräsidentenwahl wieder als Kandidaten aufzustellen. Verhandlungen mit den übrigen Parteien der Linken und der Mitte sollen schon in der nächsten Woche aufgenommen werden.

Die Delegiertentagung des Deutschen Bauernbundes

nahm gestern unter zahlreicher Beteiligung aus allen Ecken des Reiches im Bankettaal des Rheingold zu Berlin ihren Anfang.

Der Vorsitzende, Schmidhals Mitglied des Reichswirtschaftsrats erklärte, der Deutsche Bauernbund treibe Interessenpolitik, aber das, was ihm die innere Berechtigung hierzu gebe, sei doch ein tiefer und starker Idealismus. Zwei Ziele habe sich der Bauernbund auf die Fahne geschrieben: Das Ideal der Freiheit und das des Vaterlandes. Das Ziel der Freiheit sei jetzt nach der Revolution erfüllt. Der deutsche Bauernbund stehe auf dem Boden des Gewordenen. Vor allem trete der Bund ein für die Freiheit des deutschen Vaterlandes. Aus Liebe zum Vaterlande bekenne er sich zu dieser Bewegung. Arbeit am deutschen Bauernbund sei beste nationale Arbeit. Sie fördere die Schaffung eines gesunden Bauernstandes, die die Voraussetzung für eine geistige und sittliche Geländung des deutschen Volkes schaffe und die Voraussetzung für eine kommende Wehrhaftigkeit, die Deutschland dringend brauche. Gegenwärtig sehe es in Deutschland außenpolitisch traurig aus, noch trauriger jedoch innenpolitisch. Nur mit Absehen könne man sich von der Uneinigkeit des deutschen Volkes abwenden. Amst Parteien erweisen bei der Wahl auf dem Kriegsfuß. Jeder reihe das Maul immer weiter auf als der andere. Die neue Majorität, der Herr Wähler, beeinträchtigt die Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.

Der Redner wandte sich dann gegen die Fülle von Steuern und das Finanzgebahren. In seinem Beruf finde der Landwirt heute nicht das, was er von ihm erwarte, ungeborene Steuern drücken ihn und die Kreditfrage sei sehr schwierig. Der Landwirt wolle gleichmäßige Preise, keine Ueberpreise, an denen Nordamerika schuld sei, das den Markt in die Breite beherrscht.

Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Bauernbundes Dr. Böhm erhaltete den Geschäftsbericht und verlas zum Schluß seiner Ausführungen eine Entschiedenheit, in der der deutsche Bauernbund für die Verabschiedung eines Zolltarifs mit ausreichenden Schutzollern eintritt. Weiter wird eine großzügige Durchführung der inneren Kolonisation gefordert. Aus dem Gebiete der Anliegerredung erweise es notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß angesichts der derzeitigen Knappheit an Vorräten der Landwirte im Entleerungsverfahren grundsätzlich an die Stelle der Verzählung eine solche zu Rechte oder Pacht mit Kauflaufwartung tritt. Auf steuerpolitischem Gebiet betont der Vertreter nach wie vor die unbedingte Notwendigkeit, eine vollkommen gleiche Belastung der verschiedenen Betriebsgrößen herbeizuführen und verlangt eine starke Herabsetzung der Steuerbelastung in ihrer Gesamtheit bei Reich und Ländern. Er erwartet, daß die Kredite auch den bäuerlichen Organisationen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich erhebt die Vertretertagung scharfen Protest gegen die vertragswidrige Verlängerung der Vertagung der Kölner Tage.

Der Vorsitzende dankte Dr. Böhm und wies die in der Öffentlichkeit gegen Dr. Böhm gerichteten Angriffe zurück. Zum Zeichen des Dankes ergab sich die Verjämmlung.

Schiele deutschnationaler Parteivorstände?

Berlin. Gestern vormittag hat eine Parteiführerbesprechung der deutschnationalen Volkspartei stattgefunden, der sich am Nachmittag eine Sitzung des Vorstandes anschloß. Neben den allgemeinen politischen Fragen kamen auch Organisationsfragen zur Erörterung. So auch die überaus wichtige Neubesetzung der Boiten des Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Unter Erhellung sprang hatten beide Vorken in einer Hand gelegen. Davon wird man jetzt absehen. Ueber den künftigen Parteivorständen sind Gerüchte verbreitet, die nicht zutreffen. Bei der Deutschen Volkspartei ist bekanntlich der Reichsaussenminister Dr. Stresemann Parteivorstand. Es ist möglich, daß auch die deutschnationale Volkspartei den von der Partei ins Kabinett entlassenen Abg. Schiele zum Parteivorstand wählt, schon um seine Position zu stärken. Ein Vertretertag der deutschnationalen Volkspartei findet Ende Februar statt.

Berlin. Der Parteivorstand der deutschnationalen Volkspartei beschloß, die Frage des Parteivorstandes der für den 21. Februar einuberufenen Parteivertretung zu überweisen. Inzwischen führt der Abg. Winkler die Geschäfte als Parteivorstand weiter. Es wird bestätigt, daß mit einer Nominierung des Reichsinnenministers Schiele zum Parteivorstand gerechnet wird. Als künftiger Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion kommt der Abg. Graf Westarp in Betracht.

Zu der gestrigen Sitzung des Parteivorstandes der deutschnationalen Volkspartei wird noch gemeldet: Der Parteivorstand nahm mit Dank davon Kenntnis, daß die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen einem Uebergreifen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf die Gebiete des städtischen gewerblichen Mittelstandes entgegenwirken wollen. So ist u. a. die geplante Gründung einer großen Brotfabrik in Berlin aufgegeben worden.

Kündigung des Eisenbahner-Lohnabkommens.

Berlin. Von sämtlichen am Tarifvertrag mit der Reichsbahn beteiligten Organisationen ist zum 1. März das Lohnabkommen für die Eisenbahner gekündigt worden. Von der noch ausstehenden Antwort des Generaldirektors Defer wird das weitere Vorgehen der Eisenbahnerverbände abhängen.

zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in jedem Maße... In den interessantesten Vortrag schloß sich noch eine Diskussion, die sich auf verschiedene Punkte erstreckte...

Internationale Bergarbeiter-Konferenz.

Hannover. Die gestrige Sitzung des Komitees der Internationalen Bergarbeiter-Föderation wurde unter dem Vorsitz des Engländers Smith abgehalten. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: Das Internationale Bergarbeiter-Komitee nimmt Kenntnis von dem vorgeschlagenen Bericht der deutschen Delegation über die Auswirkung des Dawes-Plans...

Die soziale Lage der Bergarbeiter wird u. a. ausgeführt: Man kann im deutschen Bergbau erfreulicherweise den Tiefstand im Gewerkschaftswesen als überwunden betrachten. Gegen seitlichen Widerstand gelang eine Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen...

Die Hypothekengläubiger beim Reichsfinanzminister. Berlin. Vorstand und Sachverständige des Hypothekengläubiger- und Sparerverbundes für das Deutsche Reich wurden gestern vom Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen in eingehender Aussprache über die Aufwertung gehört...

Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. W. White.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Graf Larnow hatte sich nach seiner abendlichen Unterredung mit Gontner sogleich in die ihm von der Gräfin angewiesenen Zimmer zurückgezogen, hatte noch eine Flasche Wein geleert und war dann in einen ohnmachtähnlichen Schlummer gesunken...

So sah er stundenlang — ohne etwas anderes zu genießen als schweren französischen Wein. Die Gräfin schickte am Nachmittag Walter zu ihm hinauf und ließ ihn bitten, zum Kaffee hinunterzukommen...

Da öffnete sich behutsam die Tür, und Margarete trat leise zu ihrem Vater.

„Wie geht es dir?“ fragte sie, während sie sich über ihn neigte. „Kann ich irgend etwas für dich tun?“

„Nein, Vater!“

„Nun, ich habe aber andere Neugierigkeiten, die — die nicht gut sind.“

„Ja, ja. — Was hast du mir mitzutellen?“

Margarete wiederholte ihm nun, was ihr Rudolf Gontner über den Erben von Hohenlinden gesagt hatte.

„Wir werden auch das tragen müssen!“ sagte er.

„Es ist freilich fürchterlich. Denn wenn jener Alfred Redentz ihm wirklich der ist, für den er sich ausgibt — und wir dürfen ja leider kaum daran zweifeln — und wenn er jetzt mit seinen Ansprüchen hervortritt, so bin ich außerstand gesetzt, meine Schulden zu bezahlen.“

„Für dich aber wäre die Wendung nur gut. Denn du brauchst ja dann —“

Er vollendete nicht, denn im letzten Augenblick mochte ihm wohl zum Bewußtsein kommen, daß er im Begriff war, etwas für ihn Schmachvolles auszusprechen.

„Ich werde dann jederzeit bereit sein, die Abrechnung vorzunehmen,“ sagte er mit erzwingender Fassung auf die letzte Bemerkung des Grafen.

„Wann ich Sie recht verstanden habe, ist die Frau Gräfin Redentz von allem unterrichtet?“

„Sehr wohl! — Aber Sie verzeihen, daß ich noch einmal auf unser voriges Thema zurückkomme.“

„Sehr wohl! — Aber Sie verzeihen, daß ich noch einmal auf unser voriges Thema zurückkomme.“

„Sehr wohl! — Aber Sie verzeihen, daß ich noch einmal auf unser voriges Thema zurückkomme.“

„Sehr wohl! — Aber Sie verzeihen, daß ich noch einmal auf unser voriges Thema zurückkomme.“

an die Vollstreckbarkeit des Schuldners wirtschaftlich immer fragbar. Die Hypothekengläubiger erklärten sich bereit, für die notwendigen Betriebsmittelfreie die erste Strafe im Grundbuch bis zu 10 Prozent des Verdringungs freizugeben.

Kampfbau um Schanghai.

Schanghai. (Reuter.) Die diesigen militärischen Führer schloßen ein Abkommen über eine Entmilitarisierung Schanghai. In dem Abkommen wird ferner bestimmt, daß ein Abteilungsleiter für Schanghai ernannt werden soll und daß die Handelskammer von Wusung die Waffen aller Truppen, die in wenigen Tagen von Schanghai weggezogen werden sollen, übernehmen soll.

Verriest Beifall bei den Polnarriken.

Genf. Wie der „Temps“ meldet, hat Polnarr dem Ministerpräsidenten Verriest am Donnerstag einen Besuch abgeleistet. Die „Matin“ meldet, daß die Polnarr-Gruppe im Senat ihre Interpretationen gegen die Regierung zurückgenommen habe, und zwar aus Dankbarkeit für die mutigen Worte (1), die der Ministerpräsident für die „französische Abwehrarmee“ gefunden habe.

Abwicklung der Verpflichtungen des Darmat-Kongress.

Berlin. In den Räumen der Deutschen Staatsbank (Rechnungsabteilung) wurde am 21. Januar unter der Firma „Rechnungsabteilung“ eine „Rechnungsabteilung“ gegründet, die den Zweck hat, die Verpflichtungen des Darmat-Kongress abzumachen. Mitglieder des Ausschusses sind von Seiten der Gläubiger Staatssekretär Sauter, Ministerialdirektor Kluge, Präsident Dr. Schröder, Staatsfinanzrat Bredenkopf, Bürgermeister a. D. Wachowicz, Generaldirektor Deines, Finanzrat Dr. Weidling und folgende Abgeordnete: Reichstagsabg. Ministerialdirektor a. D. Deub, Landtagsabg. Brunt, Reichstagsabg. Minister a. D. Derenburg, Reichstagsabg. Dr. Hillerberg. Vorsitzender des Ausschusses ist Dr. Derenburg. Stellvertreter Staatssekretär Sauter und Präsident Dr. Schröder. Zum Geschäftsführer der Rechnungsabteilung wurde Kommerzienrat Wlanke bestellt.

Sächsische Bankbeamten-Zugung.

Dresden. Der Deutsche Bankbeamten-Verein e. V. Gau Sachsen hatte am vergangenen Sonntag nach Dresden eine aus allen Landesteilen stark besetzte Konferenz einberufen. Der geschäftsführende Vorsitzende, Färberberg-Berlin, war ebenfalls anwesend. Gauschäftsführer Landtagsabgeordneter Voigt erstattete einen längeren Bericht über die Ereignisse der letzten Wochen auf tariflichem Gebiet und über die Eingriffe, die gegen den Deutschen Bankbeamten-Verein gerichtet worden sind.

das den Interessen der Bankangehörigen einträglich und akzept mit ruhiger, zielbewusster Gewerkschaftsarbeit gedient wird, wie sie der Deutsche Bankbeamten-Verein als führende Fachorganisation verfolgt. Die von mehreren außerordentlichen Handlungsgehilfenverbänden gegenwärtig entfaltete Initiative unter der gesamten Bankbeamten-Gesamtheit wird als handlungsgehilfenverursachend beurteilt.

Die Deutsche Volkspartei Ostfachsen erklärt folgende Offenerklärung: „In einem dieser Tage von der Partei-gruppe Banken des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes veröffentlichte Flugblatt ist gegen den Landtagsabgeordneten Voigt-Dresden der beleidigende Vorwurf erhoben worden, daß er durch die Ausübung einer Annahme profitabler Ehrenämter seinen Hauptberuf vernachlässige.“

Die Deutsche Volkspartei Ostfachsen erklärt folgende Offenerklärung: „In einem dieser Tage von der Partei-gruppe Banken des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes veröffentlichte Flugblatt ist gegen den Landtagsabgeordneten Voigt-Dresden der beleidigende Vorwurf erhoben worden, daß er durch die Ausübung einer Annahme profitabler Ehrenämter seinen Hauptberuf vernachlässige.“

Ein gutes Samt-Kleid

das schönste Kleidungsstück für die elegante Dame.

Wir führen die besten Qualitäten in allen Farben Samt ist Vertrauenssache! Lassen Sie sich vom Fachmann beraten!



Wettiner- Ecke Carolastrasse.

Es hatte geklopft und mit einer einschüchternden Gestalt gegen den Besucher rief Larnow „Herin“. Wieder überbrachte der Diener eine Karte. Und diesmal vermochte Larnow seine Fassung kaum zu bewahren.

Leon Slawik war es, der sich da melden ließ — und die nächsten Minuten schon konnten verhängnisvoll über das Schicksal Larnows entscheiden!

Aber zu des Grafen Erstaunen kam es anders, als er gefürchtet hatte.

Wie ein Akt aus einer wohl einstudierten Komödie vertiefte die nächste halbe Stunde. Larnow stellte den Grafen als zukünftigen Herrn von Hohenlinden vor; Leon Slawik war ausnehmend erstaunt, ausnehmend überrascht und betroffen; ließ sich widerstrebend überzeugen, daß es wirklich so war, wie — kurz und gut, die beiden Gauner machten ihre Sache vorzüglich.

Natürlich konnte der Vole in Gegenwart eines ahnungslosen Dritten, der doch von all diesen Dingen nicht das mindeste wissen durfte, nicht von den Beschlüssen reden, die er mit Larnow hatte. Graf Alfred Redentz durfte beiseite nicht erfahren, in welchem Verhältnis Slawik zu dem Grafen stand. Ja, die beiden agierten vorzüglich —

Aber ihr wohlbedachtes Spiel sollte doch zu guter Deut in etwas unvorhergesehener Weise enden.

Leon Slawik wurde nämlich abgerufen — zwei Herren seien da, die ihn dringend zu sprechen begeherten. Er nahm an, daß es sich um Berliner Geschäftsfreunde handelte; und erschrocken prallte er auf der Schwelle zurück, als es sich Rudolf Gontner und einem Unbekannten gegenüberlief.

Freilich beherrschte er sich sogleich und begrüßte Gontner, mit dem er ja unter dem Dach dieses Hauses schon einmal ganz freundschaftlich verkehrt hatte, völlig unbefangen. Zu seinem Leidwesen sollte er erfahren, daß der junge Mann heute durch teilweiser gesellschaftlicher Rücksichtnahmen gezwungen war, ihm ebenso zu begegnen.

„Ich habe Sie rufen lassen,“ begann er in gebieterischer Weise, „weil ich Ihnen Eröffnungen zu machen habe, die vielleicht bestimmend auf Ihr Verhalten gegen den Grafen Larnow einwirken werden.“

Sie haben durch betrügerische Manipulationen den Grafen in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht; haben es herbeigeführt, daß er Ihnen und dem Grafen Redentz eine Summe von etwa fünfmalhunderttausend Mark schuldet. Diese Summe ist in den nächsten Tagen an Redentz zu zahlen. Nach den genauen Berechnungen meines Rechtsbeistandes, des Herrn Buchner hier, schuldet Larnow dem Redentz in Wirklichkeit ungefähr zweimalhunderttausend Mark. Ihnen ungefähr hundertfünfzigtausend. Sie werden sofort ein in bindender Form abgefaßtes Schriftstück ausfüllen, in dem Sie erklären, daß Sie dem Grafen Larnow beide Beträge auf sechs Monate stunden — ferner, daß Sie außer den genannten Summen keinerlei Ansprüche an den Grafen haben.“

Slawik lehnte leichenblau an der Wand. Ein verzerrtes Lächeln, das seinem Gesicht etwas unangenehm Lächliches gab, lag um seinen Mund.

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

„Ich nehme an, daß ich es mit einem ebenbürtigen Gegenstand zu tun habe,“ bemerkte er. — Dann ließ er...

